

PRESSEKONFERENZ



Seniorenagenda 2024 randvoll - Fünf Schlüsselthemen für Seniorinnen und Senioren im heurigen Jahr

mit

LH a.D. Dr. Josef Pühringer, Landesobmann OÖ Seniorenbund

BR Vizepräs. Mag. Franz Ebner, Landesgeschäftsführer OÖ Seniorenbund

3. Jänner 2024, Linz

Lange Agenda für die Seniorinnen und Senioren

Nicht, weil die Seniorinnen und Senioren unzufrieden sind, sondern, weil einige wichtige Themen – viele davon sind nicht nur für die älteren Menschen, sondern auch für die Gesamtgesellschaft wichtig – dringenden Handlungsbedarf erfordern, ist die Agenda 2024 für die älteren Menschen in Oberösterreich und Österreich lange.

Neben dem endlich notwendigen **Paradigmenwechsel**, wie die Gesellschaft und die Politik die Seniorinnen und Senioren von heute und in der Zukunft sehen – der OÖ Seniorenbund hat das vor Weihnachten im Rahmen eines Austauschtreffens mit Bayern und den anderen Bundesländern sowie einer Pressekonferenz ausführlich thematisiert – gibt es aus Sicht des OÖ Seniorenbundes vor allem in fünf Bereichen Handlungsbedarf.

Inhaltlich geht es in der Seniorenpolitik im Jahr 2024 vor allem um folgende Themen:

1. Pflege – Pflegende Angehörige noch besser unterstützen

Die vergangenen eineinhalb Jahre haben mit den Pflegepaketen eins und zwei, die insgesamt 38 Maßnahmen (u.a. Einführung der Pflegelehre und des Angehörigenbonus) beinhalten, sowie der Fachkräftestrategie Pflege so viele Fortschritte wie noch nie gebracht. Dennoch sieht der OÖ Seniorenbund hier weiteren Handlungsbedarf, vor allem, was die Unterstützung der pflegenden Angehörigen betrifft:

- **Erhöhung sowie jährliche Valorisierung der Förderung für die 24-Stunden-Betreuung**

Die Förderung wurde vergangenes Jahr zunächst auf 640 und dann auf 800 Euro (bei zwei Betreuern) angehoben, nachdem sie zwischen 2007 und 2022 gleich hoch geblieben ist (550 Euro). Weitere 15 Jahre ohne Anpassung hält das System nicht aus. Viele Familien müssen für die 24-Stunden-Betreuung auf Ersparnis zurückgreifen, aber eine Nicht-Leistbarkeit der 24-Stunden-Betreuung führt automatisch zu mehr Heimaufenthalten, die der öffentlichen Hand am teuersten kommen. Außerdem gibt es aufgrund des Personalmangels nicht genügend Betten in den Pflegeeinrichtungen. Zudem sollte die Einkommensgrenze (dzt. 2.500 Euro netto) angehoben werden. Ebenso muss Österreich für die Betreuerinnen und Betreuer ein attraktives Zielland sein, in dem sie ausreichend verdienen und nicht vor zu viele bürokratische Hürden gestellt werden.

- **Flächendeckende und leistbare Tagesbetreuung**

Auch pflegende Angehörige, viele davon gehören selbst schon zur Generation 60+, brauchen einmal eine Auszeit, um diese herausfordernde Aufgabe langfristig bewältigen zu können. Einen wesentlichen Beitrag dazu können die Tagesbetreuung und Kurzeintaufenthalte in Alten- und Pflegeheimen leisten. Allerdings muss es hier flächendeckende und vor allem günstige Angebote geben.

- **Ausweitung des Angehörigenbonus**

Mit dem Angehörigenbonus wurde eine langjährige Forderung des OÖ Seniorenbundes umgesetzt. Damit erhalten pflegende Angehörige auch eine kleine finanzielle Anerkennung, allerdings gibt es gewisse Einschränkungen, wie mindestens Pflegestufe 4 und ein Netto-Einkommen von max. 1.500 Euro. Wünschenswert wären hier eine Ausweitung auf Pflegestufe 3 und eine Erhöhung des maximalen Netto-Einkommens.

- **Verstärkung der Personaloffensive**

Allein in Oberösterreich sind aufgrund des Personalmangels rund 1.300 Betten in den Alten- und Pflegeheimen nicht belegt. Keine Frage, dass die bereits gesetzten Maßnahmen nicht von heute auf morgen wirken, dennoch darf hier nicht locker gelassen werden, um schon den mittelfristigen Personalbedarf, der vom Rechnungshof auf 72.900 zusätzliche Personen im Pflege- und Betreuungssektor bis zum Jahr 2030 geschätzt wird, zu decken. Pflegeberufe, besonders auch die Pflegelehre, müssen offensiv beworben und attraktiv gestaltet werden.

2. Gesundheit – Sicherung der ärztlichen Versorgung und mehr Fokus auf Prävention

- **Attraktivierung des niedergelassenen Bereichs bzw. von Kassenstellen**

Zahlreiche Kassenstellen sind von der aktuellen, aber auch der Pensionierungswelle in den nächsten 10 Jahren (rund 50 % der niedergelassenen Ärzte) betroffen. Allein in Oberösterreich sind aktuell rund 90 Kassenstellen nicht besetzt, wobei Seniorinnen und Senioren von der Ausdünnung der ärztlichen Versorgung besonders betroffen sind. Die Bemühungen seitens der Regierung sind zu begrüßen, aber hier muss mit Hochdruck an Lösungen weitergearbeitet werden.

Der OÖ Seniorenbund schlägt hier folgende Sofortmaßnahmen vor:

- Abschaffung der Altersgrenze von 70 Jahren für Ärzte, die weiterarbeiten möchten
- Erhöhung der Zahl der Medizinstudenten um zumindest 20 % und Attraktivierung des Verbleibs in Oberösterreich/Österreich sowie der Übernahme einer Kassenstelle

- **Gesundheitspass und Anreize zur Vorsorge**

Gesundheit ist der zentrale Faktor, um bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Österreich hinkt bei den gesunden Lebensjahren aber hinterher. Investitionen in die Prävention sind vergleichsweise günstig und sparen langfristig Geld, weil die Menschen weniger krank und später pflegebedürftig werden. Deshalb fordert der OÖ Seniorenbund schon seit längerem die Einführung eines lebenslangen Gesundheitspasses mit allen wichtigen Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen, etc. Wer regelmäßig Vorsorgeuntersuchungen macht und auf einen gesunden Lebensstil achtet, soll belohnt werden. Das könnte in Form von Wertgutscheinen oder auch in Form von Boni seitens der Sozialversicherung (Beispiel SVS) sein.

- **Kostenlose Gürtelrose-Impfung ab 50**

Die hochwirksame Impfung gegen Herpes Zoster (Gürtelrose), die laut Impfplan Österreich ab einem Alter von 50 Jahren empfohlen wird kostet rund 500 Euro (2 Dosen). Gesundheit darf aber keine Frage der Leistbarkeit sein, weshalb der OÖ Seniorenbund fordert, dass die Gürtelrose-Impfung eine Kassenleistung wird.

3. Finanzielle Sicherheit für alle Seniorinnen und Senioren

Die immense Teuerung in allen lebenswichtigen Bereichen der vergangenen zwei Jahre setzt gerade den Empfängern kleiner und mittlerer Pensionen stark zu, das hat auch die Seniorenumfrage bestätigt. Die Pensionsanpassung für 2024 mit der Inflationsabgeltung für alle bis zur ASVG-Höchstgrundlage ist ein wichtiger Schritt zur Wertsicherung der Pensionen. An dieser Stelle muss noch einmal festgehalten werden, dass es sich bei den 9,7 % für 2024 um eine Pensionsanpassung, nicht um eine Pensionserhöhung handelt, die gesetzlich geregelt ist, dem Ausgleich der Inflation dient und den Zeitraum August 2022 bis Juli 2023 abbildet. Der OÖ Seniorenbund hat hier schon mehrmals eine Verschiebung des Anpassungszeitraums nach hinten gefordert. Weitere wichtige Schritte wären hier:

- **Abschaffung der Aliquotierung bei der ersten Pensionsanpassung**

Zwar hat der VfGH entschieden, dass die Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung verfassungskonform ist, dennoch ist diese aus Sicht des OÖ Seniorenbundes nicht gerecht. Schließlich führt sie zu schmerzhaften Einkommensverlusten, die nachhaltig wirken. Nachdem die Aliquotierung für 2023 und 2024 ausgesetzt wurde, fordert der OÖ Seniorenbund in der Folge die gänzliche Abschaffung.

- **Arbeiten in der Pension bzw. Arbeiten bis zum gesetzlichen Antrittsalter weiter attraktivieren**

Mit dem Streichen der Pensionsversicherungsbeiträge für jene, die neben der Pension arbeiten, wenn auch nur bis zur doppelten Geringfügigkeitsgrenze, und der Erhöhung des Bonus auf 5,1%, wenn man über das gesetzliche Antrittsalter hinaus arbeitet, wurden wichtige Schritte gesetzt. Dennoch ist hier noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht, das Arbeiten in der Pension muss so attraktiv wie möglich gestaltet werden, etwa durch einen Steuerfreibetrag. Ebenso müssen Maßnahmen ergriffen werden, um das faktische an das gesetzliche Pensionsantrittsalter anzugleichen, denn das ist ein wesentlicher Beitrag zur finanziellen Absicherung der Pensionen.

- **Sparen muss sich lohnen**

Die Agenda Austria hat vor Kurzem den Wertverlust von Erspartem in den vergangenen 20 Jahren aufgezeigt. Wer 2003 10.000 Euro hatte und diese zu Hause aufbewahrt hat, musste einen Wertverlust von 4.000 Euro in Kauf nehmen, wer sie auf dem Sparbuch hatte, von 2.000 Euro. Die jahrelange Nullzins-Politik hat ein Loch bei den Sparern hinterlassen. Deshalb ist es wichtig, dass es auch für klassische Spareinlagen entsprechende Zinsen gibt, denn viele Senioren können nicht auf längerfristige oder riskantere Sparformen ausweichen und müssen jederzeit über das Geld verfügen können. Schließlich sind die Sparzinsen in den letzten eineinhalb Jahren der Inflation und den Kreditzinsen weit hinterher gelaufen und tun das oft noch immer.

4. Es darf keine Altersdiskriminierung geben

Auch in diesem Bereich wurden im vergangenen Jahr Fortschritte erzielt, wie das Diskriminierungsverbot bei Krediten, die Absage von vorgeschriebenen und verpflichtenden Gesundheitschecks für Senioren beim Führerschein, die Umstellung der Photovoltaik-Förderung oder auch das Aus für die Sanierungspflicht von Seiten der EU für wenig energieeffiziente Wohnhäuser.

Dennoch gibt es in diesem Bereich noch viel zu tun:

- Sowohl digitale als auch analoge Angebote – für jene, die digital (noch) nicht so fit sind, muss es stets gleichwertige analoge Alternativen geben – bei Ämtern, Banken, Versicherungen, beim Kartenkauf für Öffis oder Kulturveranstaltungen. Ein Beispiel ist hier der Reparaturbonus, der nur online beantragt werden kann.
- Versicherungen – keine Kündigungen oder Erhöhungen aufgrund des Alters
- Erhaltung des Bargeldes, die Möglichkeit möglichst überall damit bezahlen zu können sowie eine Grundversorgung mit Bargeld in zumutbarer Entfernung.

5. Jahresschwerpunkt Sicherheit – Fokus auf Trickbetrüger und Cyberkriminalität

Ein positives Sicherheitsgefühl leistet einen wesentlichen Beitrag zu unserer Lebensqualität, das gilt in besonderem Maße für die Seniorinnen und Senioren. Aus diesem Grund hat sich der OÖ Seniorenbund entschlossen, den Jahresschwerpunkt von 2023 auch 2024 fortzuführen. Bereits im vergangenen Jahr wurde dazu ein umfassendes Sicherheitspaket erarbeitet. Ein besonderer Fokus soll heuer auf dem Schutz vor Trickbetrügern (Enkel- und Neffentrick, falsche Polizisten, etc.) und Cyberkriminalität liegen. Es vergeht kaum eine Woche ohne Meldung, dass ältere Menschen auf Trickbetrüger hereingefallen sind, und dabei oft mehrere 10.000 Euro und andere Wertsachen verloren haben. Hier sind alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, einerseits um solche Betrügereien von vornherein zu verhindern, andererseits, um die Täter auszuforschen und dingfest zu machen.

„Die Seniorinnen und Senioren leben nicht im Jammertal, sind keine Suderer und Raunzer. Wir sind uns im Klaren darüber, dass wir in einem der besten Sozialsysteme der Welt leben, dennoch sind die Forderungen, die der OÖ Seniorenbund aufstellt, für ein würdiges Leben im Alter notwendig. Man darf dabei auch nicht vergessen, dass die Seniorinnen und Senioren für die Gesellschaft von großer Bedeutung sind, allein im Ehrenamt leisten sie einen wirtschaftlichen Wert von 8,5 Milliarden Euro“, unterstreichen Seniorenbund-Landesobmann LH a.D. Dr. Josef Pühringer und Landesgeschäftsführer BR Vizepräs. Mag. Franz Ebner.

Exkurs: Die Wahrheit über die Pensionskosten

Für eine faire und faktenbasierte Pensionsdiskussion braucht es Kostenwahrheit:

Gesamtkosten lt. Budget:	28,3 Mrd. Euro
<u>abzüglich Beamtenpensionen:</u>	<u>14,3 Mrd. Euro</u>
Zuschuss gesetzliche Pensionen:	14,0 Mrd. Euro
<u>abzüglich Sozialleistungen:</u>	<u>3,1 Mrd. Euro</u>
<u>Tatsächlicher Zuschuss:</u>	<u>10,9 Mrd. Euro</u>

- ➔ Die Kosten für Beamte fallen deswegen an, weil der Bund während der aktiven Dienstzeit keine Arbeitgeberbeiträge zahlt. Das kann damit nicht den Pensionisten angelastet werden.
- ➔ Im Bereich der Beamtenpensionen gibt es auch Einnahmen u.a. durch die Beiträge der aktiven Beamten oder aus den Pensionssicherungsbeiträgen der Beamten-Pensionisten.

Sozialleistungen, die in den Pensionen enthalten sind:

Kindererziehung: 411 Mio. Euro

Gesundheitsleistungen: 634 Mio. Euro

Präsenzdienst/Zivildienst: 128 Mio. Euro

Ausgleichszulage: 1171 Mio. Euro

Betragsunterstützung für Selbstständige und Freiberufler sowie Bauern: 749 Mio. Euro

- ➔ Das sind politisch gewollte Sonder- und Sozialausgaben, aber in Wahrheit keine Pensionszahlungen im eigentlichen Sinn.

Senioren erbringen beträchtliche Steuerleistungen

Nicht zu vergessen sind auch die beträchtlichen Steuerleistungen der Seniorinnen und Senioren. So entfallen von der insgesamt einbehaltenen Lohnsteuer 2021 in Höhe von rund 30,8 Mrd. Euro rund 7,5 Mrd. Euro auf Pensionisten (Lohnsteuerstatistik 2021). Diese verteilen sich wiederum auf rund 5,4 Mrd. Euro bei Pensionisten (ohne Beamte i.R.) und rund 2,1 Mrd. Euro bei Beamten i.R.

„Die enormen Pensionskosten sind und bleiben also ein Gespenst. Dabei wird gerne auf die vielen Leistungen, die die Seniorinnen und Senioren tagtäglich und meist kostenlos für die Gesellschaft erbringen, vergessen. Ebenso, dass sie ein Viertel des privaten Konsums leisten und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sind“, betonen Seniorenbund-Landesobmann LH a.D. Dr. Josef Pühringer und Landesgeschäftsführer BR Vizepräs. Mag. Franz Ebner abschließend.